

Schießstand Waakhausen

Blattschuss für Zukunftspläne

Politik lehnt Expansionspläne für Schießstand in Waakhausen ab – Anlage ohne wirtschaftliche Perspektive



Die Pläne von Schießstand-Betreiber Gerhard Schorner (links) und seinen Gesellschaftern Viola und Dieter Mair will die Mehrheit der Worpsweder Politik nicht unterstützen.

Lars Fischer

Worpswede. Die Vorgänge um den Schießstand Waakhausen sind seit rund dreieinhalb Jahren Ursache für eine der schärfsten Kontroversen in der Gemeinde Worpswede und im Landkreis Osterholz. Eine Grundsatzentscheidung der Worpsweder Lokalpolitik, ob – und wenn ja, in welcher Form, – die Anlage eine Zukunft haben soll, hat es dazu bislang nicht gegeben.

Wie war die Ausgangslage?

Herr des Verfahrens ist der Landkreis, jedenfalls solange, wie es um eine Genehmigung des Schießbetriebs und dessen Aufsicht geht. Darauf hat Worpswedes Verwaltungschef Stefan Schwenke immer wieder verwiesen. Nun liegen die Karten aber anders: Die Pläne, die Gerhard Schorner für das 2020 von ihm erworbene Areal zunächst gegenüber der Redaktion öffentlich gemacht hat, beinhalten auch den Neubau einer Schießhalle und eines Walls. Damit ist kommunales Baurecht betroffen; und noch ehe ein entsprechender Bauantrag vorliegt, haben sich die örtlichen Parteien, wie berichtet, mit zwei gegenläufigen Anträgen in Position gebracht.

Ein Bündnis aus SPD, Grünen, Unabhängiger Wählergemeinschaft (UWG) und Linken lehnt Expansionspläne auf dem nach wie vor schwer bleibelasteten Grundstück kategorisch ab und fordert die Schließung der Anlage. CDU und FDP wollen – auch mit Blick auf die hohen Kosten für die vom Kreis verlangte Sanierung – dem Betreiber eine wirtschaftliche Zukunft ermöglichen. Das war die Ausgangslage für die Sitzung des Ausschusses für Planung und

Infrastruktur, der sich am Montagabend im Worpsweder Rathaus nahezu ausschließlich mit diesem Thema zu befassen hatte.

Wie lautet der Beschluss?

Einen Ansatz für einen Kompromiss boten die beiden Anträge nicht, das Ergebnis konnte demnach nur Hopp oder Top lauten, wobei die klaren Mehrheitsverhältnisse von sechs (SPD/Grüne/UWG/Linke) zu drei (CDU) Mandatsträgern in dem Gremium schon im Vorfeld den Ausgang der Debatte unschwer prognostizieren ließen. Es kam also, wie es kommen musste: Der Ausschuss nahm den Antrag der Mehrheitsfraktionen an und lehnte den der Gegenseite ab. Eine hitzige Debatte gab es nicht, dazu seien die Positionen in den vergangenen Jahren schon häufig genug ausgetauscht worden, betonte Andreas Uphoff (SPD).

Wie verlief die Sitzung?

Das Zuschauerinteresse war ungewöhnlich groß, mehrere Dutzend Gäste verfolgten die Sitzung. Die Fragen in den zwei Einwohnerfragestunden waren aber überschaubar, die erste – noch vor der Debatte und Abstimmung – blieb gar ungenutzt. Der Ausschussvorsitzende Heiko Pankoke (CDU) hatte schon zu Beginn vorsichtshalber an die Geschäftsordnung erinnert: Keine Unmuts- oder Beifallsbekundungen, kein Rederecht für Zuhörer, die nicht Worpsweder Einwohner sind, nur Fragen, keine Statements. Das schloss einen Großteil der auswärtigen Zuhörer aus dem Unterstützerkreis des Schießstandes aus. Auch wenn Pankoke streng nach Vorgabe leitete, gab es eine Ausnahme: Gerhard Schorner durfte kurz zu Wort kommen.

Was bedeutet der Beschluss?

Formal muss der Gemeinderat den Beschluss des Ausschusses bestätigen, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine reine Formsache sein dürfte. Damit wären dann sämtliche Pläne, die einer Bauplanung bedürfen – also sowohl ein Wall um die Anlage als auch eine sogenannte Raumschießanlage – nicht realisierbar. Der Stand sei damit nicht wirtschaftlich zu betreiben, die millionenteure Sanierung erst recht nicht zu finanzieren, das wurde von verschiedenen Seiten immer wieder betont. Ob die Betreibergesellschaft nun, wie Beobachter vermuten, den Weg in die Insolvenz geht, ist an diesem Abend noch nicht beantwortet worden. Schorner wollte den Beschluss auf Nachfrage nicht weiter kommentieren.

Wie geht es weiter in Waakhausen?

Dominik Vinbruck, zuständiger Dezernent des Landkreises, stand während der Sitzung ebenfalls für Nachfragen zu Verfügung. Er betonte, die Sanierung werde wie in der vom Kreistag in Auftrag gegebenen Gefährdungsanalyse angegangen. Für die Kosten werde der Landkreis in Form einer Ersatzvornahme zunächst aufkommen. Danach sei zu prüfen, inwiefern die jetzige Betreibergesellschaft oder auch deren Rechtsvorgänger dafür haftbar zu machen seien. Entscheidend sei dabei unter anderem auch, wie dauerhaft jemand Verantwortung für den kontaminierten Stand getragen habe.

Der Idee, das Gelände als Wald aufzuforsten, die im Mehrheitsantrag als Option für eine zukünftige Nutzung angeführt wurde, erteilte er aber eine vorsichtige Absage. Wahrscheinlich sei, dass der Boden nicht komplett zu sanieren sei und dass daher das Gelände „offenbleiben“ müsse, um die weitere Entwicklung im Blick behalten zu können.

ZUR SACHE

Zweifel an Betriebserlaubnis

Die Bürgerinitiative Naturschutz Worpswede erhebt Zweifel an der Gültigkeit der Betriebserlaubnis für den Schießstand Waakhausen in seiner jetzigen Rechtsform. Laut einem anwaltlichen Kurzgutachten sei die Erlaubnis unter der Prämisse erfolgt, es fänden dort "sportliches und jagdliches Übungs- und Wettkampfschießen, Schießausbildung und polizeiliches Übungsschießen" unter einem gemeinnützig organisierten Betreiber statt. Dies sei mit der Übernahme durch die "Schiessanlagen Waakhausen GmbH" 2020 nicht mehr gegeben, da diese "primär wirtschaftliche Ziele und Zwecke" verfolge. Ändere sich aber die der Genehmigung zugrunde liegende Nutzungsform, müsse eine neue Erlaubnis beantragt werden, so Anwalt Steffen Speichert. Sein Fazit: „Diese wäre im Außenbereich jedoch zu versagen, da für einen kommerziellen Schießstand keine Privilegierung vorliegt, insbesondere dann, wenn die Betreiber keine Jägerschaften und Jagdvereine mehr sind und keine jagdliche Ausbildung verfolgen.“ Auf einen Bestandsschutz könne sich der jetzige Inhaber daher nicht mehr berufen.